



## I N H A L T

### DOKUMENTATION

Adelman: Fortschritte bei Rüstungskontrolle nicht durch Besorgnisse aufhalten

- Rede vor der Gesellschaft für Verteidigungsbereitschaft -

### WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Der Kampf gegen Drogen

- UN-Konferenz soll Weg zu weltweiter Koordinierung ebnen -

\* \* \* \* \*



20

27. Mai 1987

**ADELMAN: FORTSCHRITTE BEI RÜSTUNGSKONTROLLE NICHT  
DURCH BESORGNISSE AUFHALTEN**

- Rede vor der Gesellschaft für Verteidigungsbereitschaft -

WASHINGTON - (AD) - Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde, Kenneth Adelman, hat bei einem Treffen der amerikanischen Gesellschaft für Verteidigungsbereitschaft (American Defense Preparedness Association) am 21. Mai 1987 erklärt, die Verhandlungen über die Verringerung der Mittelstreckentraketen (INF) in Europa sollten trotz der Besorgnis über die Ergebnisse eines diesbezüglichen Abkommens vorankommen. Man stehe "nahe vor dem Abschluß des ersten Abkommens im Nuklearzeitalter, das zu echten Reduzierungen bei den offensiven Atomwaffen führen wird".

Die Rede Adelmans hat folgenden Wortlaut:

Die Reagan-Administration befindet sich heute in einer sehr merkwürdigen Situation. In den vergangenen sechs Jahren stand diese Administration wegen ihres angeblichen Versagens, schnell genug Ergebnisse in den Rüstungskontrollverhandlungen zu erzielen, unter ständigem Beschuß. In den vergangenen sechs Jahren haben die Kritiker im Kongreß Änderung auf Resolution vorgeschlagen und Resolution auf Resolution eingebracht, um dem Präsidenten die Hände zu binden und ihn dazu zu drängen, irgendein neues Rüstungsabkommen mit dem Kreml abzu-

schließen. In den vergangenen sechs Jahren hat sich der Ruf des Kongresses, der Medien und der Rüstungskontrollgemeinde kaum abgeschwächt, der da lautet: "Verschafft und ein Abkommen. Verschafft uns ein Abkommen." Bisweilen schienen unsere Kritiker zu sagen: "Verschafft uns ein Abkommen fast jeder Art, nur, damit wir eines haben."

Trotz aller Kritik hat Präsident Reagan unbeirrt seine Tagesordnung verfolgt. Trotz aller Ablenkungsmanöver und Versuchungen und des Lärms

im Hintergrund sind die Administration und das Bündnis ihren Grundsätzen treu geblieben, die standhafte Verhandlungen über einschneidende Reduzierungen bei den offensiven Atomwaffen mit der Sowjetunion vorsehen.

Heute jedoch, wo ein Abkommen über Mittelstreckenwaffen (INF) in Sicht ist, singen viele unserer Kritiker plötzlich ein neues Lied. Nun, da wir nahe vor einem lang ersehnten Abkommen stehen - und nicht vor irgendeinem Abkommen, sondern in vieler Hinsicht vor einem besseren Rüstungskontrollabkommen als wir in der Vergangenheit je erreicht haben - werden viele unserer Kritiker plötzlich nachdenklich und bekommen kalte Füße. In den letzten Wochen scheinen einige der energischsten Befürworter von Rüstungskontrolle plötzlich zu wiedergeborenen Kritikern der Rüstungskontrolle geworden zu sein. Und einige derselben Leute, die sechs Jahre lang Druck auf uns ausgeübt haben, damit wir uns kopfüber in ein Abkommen mit den Sowjets stürzen, warnen jetzt davor, daß die Reagan-Administration nicht Hals über Kopf ein kosmetisches Abrüstungsabkommen eingehen dürfe.

Was geschieht hier eigentlich?

Ich sehe unter unseren Kritikern eine Menge Verwirrung.

Heute möchte ich auf diese Verwirrung eingehen und zu klären versuchen, wo wir in bezug auf das INF-Abkommen stehen und was wir allgemein bei der Rüstungskontrolle erreicht haben.

Dabei habe ich drei Feststellungen zu treffen:

1. Heute haben wir es mit einem INF-Abkommen zu tun, das nach herkömmlichen Maßstäben in der Rüstungs-

kontrolle in vieler Hinsicht ein besseres Abkommen darstellt als wir es in der Vergangenheit bei offensiven Atomwaffen erzielt haben.

2. Ich bestreite die Ansichten der Kritiker dieses Abkommens in allen Punkten. Ich glaube, daß sie unrecht haben.

3. Ich setze mich aber auch mit einigen Verfechtern dieses Abkommens auseinander. Ich denke, daß sie ebenfalls unrecht haben - ironischerweise aus denselben Gründen, wegen denen die Kritiker unrecht haben.

In der Tat bin ich der Meinung, daß beide Extreme in dieser Debatte zum Teil die gleichen Fehler machen. Es ist wichtig, diese Fehler zu klären, wenn die Rüstungskontrolle unserer nationalen Sicherheit dienen soll.

Zunächst - was ist meiner Meinung nach bei diesem Abkommen besser?

Drei Punkte.

Erstens wird es zu einschneidenden Reduzierungen der Atomwaffen führen. Ich weiß nicht, ob die Menschen sich klarmachen, wie bemerkenswert diese Tatsache ist. Wir haben mehr als 25 Jahre hart an der Rüstungskontrolle gearbeitet - eigentlich seit dem Anbruch des Atomzeitalters. Bis jetzt ist es uns noch in keinem früher abgeschlossenen Vertrag mit den Sowjets gelungen, sie zur Annahme bedeutender Reduzierungen der offensiven Atomwaffen zu bewegen.

Die SALT-Abkommen der siebziger Jahre, die viele einst als Juwel in der Krone der Rüstungskontrolle verehrten, hat praktisch ein enormes Wachstum der nuklearen Arsenale zugelassen. Heute besitzt die Sowjetunion ein strategisches Atomwaffenpo-

tential, das viermal so groß ist wie das, welches sie zahlenmäßig besaß, als wir gemeinsam den SALT I-Vertrag im Jahr 1972 unterzeichneten. Und seit Unterzeichnung von SALT II hat sie die Zahl ihrer strategischen Wiedereintrittsflugkörper verdoppelt. Wenn den Senatoren, die die Ratifizierung von SALT I beschlossen haben, im Jahr 1972 erklärt worden wäre, daß SALT schließlich zur Erhöhung des sowjetischen Arsenal auf etwa 10 000 strategische Waffen führen würde, dann wäre dieses Abkommen, da bin ich sicher, nicht annähernd so populär gewesen.

Wenn wir also beim Abschluß eines INF-Abkommens Erfolg haben, dann wird dies das erste Mal im Atomzeitalter sein, daß wir echte Reduzierungen der offensiven Atomwaffen durch Rüstungskontrolle erreichen. Und nicht nur echte, sondern auch einschneidende Reduzierungen in den betroffenen Waffenkategorien. Wir werden nicht nur zu dem Niveau der sowjetischen INF-Gefechtsköpfe zurückkehren, das bestand, als die Sowjets im Jahr 1977 mit ihrer nichtprovozierten Aufrüstung mit SS-20 Raketen begannen - die Stationierungen, durch die dieser gesamte Prozeß ins Rollen kam. Wir werden unter dieses Niveau zurückkehren, da die sowjetischen Mittelstreckenraketen der Typen SS-4 und SS-5, die zu jener Zeit stationiert waren, ebenfalls nicht mehr existieren. Es wird das seit den frühen sechziger Jahren niedrigste Niveau an INF längerer Reichweite sein - Null in Europa.

Dies ist wirklich der Hartnäckigkeit Präsident Reagans zu verdanken, denn, als der Präsident im Jahr 1981 die "Null-Lösung" für Mittelstreckenraketen vorschlug, bestand unter den Zeitungskolumnisten und Abrüstungsexperten die vorherrschende Meinung,

dies sei unmöglich, weil es nicht "verhandlungsfähig" sei - die Sowjets würden dies in keiner Weise annehmen.

Zweitens wird das INF-Abkommen besser sein, weil es zu ungleichen Reduzierungen auf gleiche Obergrenzen führen wird. Mit anderen Worten: die Sowjets werden wesentlich mehr dieser Systeme abbauen müssen als wir - etwa sechsmal mehr, wenn man die INF-Gefechtsköpfe auf Raketen längerer Reichweite berücksichtigt.

Die Sowjets haben heute über 1 400 INF-Gefechtsköpfe längerer Reichweite auf ihren SS-20 und SS-4 stationiert. Wir besitzen 316 Gefechtsköpfe auf Pershing II und landgestützten Marschflugkörpern. Beide Seiten werden auf 100 zurückgehen: 100 in den Vereinigten Staaten und 100 im asiatischen Teil der Sowjetunion. Rein zahlenmäßig ausgedrückt ist der Handel zu unseren Gunsten ungleich.

Schließlich wird das Abkommen einschneidendere Verifizierungsmaßnahmen beinhalten als in der Vergangenheit. Es wird echte und ständige Inspektionen vor Ort auf sowjetischem Territorium vorsehen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, Inspektionen vor Ort seien ein Allheilmittel für die Verifizierung der Rüstungskontrolle. Sie sind es nicht. Aber sie sind unerlässlich für dieses Abkommen. Und, wie Reduzierungen, sind sie etwas, was wir von den Sowjets seit langem bekommen wollten - tatsächlich während des gesamten Atomzeitalters -, jedoch ohne jeden Erfolg.

Wir befinden uns also in dieser eigentümlichen Situation und gehen davon aus, daß die Sowjets bereit sind, unsere Bedingungen im Hinblick auf Verifizierung und Kurzstreckensy-

steme zu erfüllen. Wir befinden uns also hier dicht vor dem ersten Abkommen im Atomzeitalter, das echte Reduzierungen bei nuklearen Offensivwaffen hervorbringen will. Wir stehen kurz vor einem Abkommen, das die Sowjets veranlassen würde, mehr Waffen abzubauen als es uns dazu veranlassen würde. Wir stehen dicht vor einem Abkommen, das die erste Inspektion vor Ort zur Rüstungskontrolle auf sowjetischem Territorium mit sich bringen würde - was wir seit vier Jahrzehnten zu erreichen versuchten.

Und statt allgemeiner Zustimmung herrscht Furcht. Statt Erleichterung Besorgnis. Statt Sicherheit Ambivalenz - und das häufig unter denselben Leuten, die seit Jahren behaupten, ein Rüstungskontrollabkommen bedeute die Lösung all unserer Probleme.

Was sagen nun diese Kritiker und warum glaube ich, daß sie sich irren?

Ich möchte im einzelnen auf vier häufige Kritikpunkte eingehen.

Erstens weisen zahlreiche Kritiker darauf hin, daß das Abkommen durch den Abzug amerikanischer Mittelstreckenwaffen die Vereinigten Staaten von Westeuropa "abkoppeln" will. Dies ist auch das Thema vieler Strategie-"Gurus", wie etwa Brent Scowcroft und Jim Woolsey, Henry Kissinger und in jüngster Zeit sogar Richard Nixon. Ich glaube, diese Gurus haben unrecht.

Scowcroft, der Nationale Sicherheitsberater unter Präsident Ford, schreibt, daß der Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen mittels eines Abkommens "einen psychologischen Effekt der Abkopplung haben muß, der dem ursprünglichen Zweck der Aufstellung widerspricht - unsere Verbündeten zu abzusichern". Nixon

und Kissinger gehen noch weiter. Ihnen zufolge könnte das zukünftige Abkommen "die tiefgreifendste Krise des NATO-Bündnisses in seiner 40jährigen Geschichte hervorrufen".

Das ist eine sehr dramatische Behauptung. Warum nehme ich Abstand davon? Im Grunde überschätzt es die Leistung eines INF-Abkommens erheblich. Sie sollten daran denken, daß auf westlicher Seite nur eine Waffenkategorie betroffen ist, etwa 160 Abschußvorrichtungen oder 316 Gefechtsköpfe. Die strittigen westlichen Systeme gab es vor 1983 in Europa überhaupt noch nicht.

Es ist etwas lächerlich, sich im Jahre 1987 dahingehend zu äußern, als ob die amerikanische Garantie der Sicherheit Westeuropas ausschließlich von erst im Dezember 1983 begonnenen Stationierungen abhängt, besonders angesichts der Tatsache, daß die sowjetischen Systeme - SS-20 - die zu solchen Stationierungen geführt haben, dann fast völlig abgeschafft würden.

Wir sollten zwei Dinge bedenken. Erstens lag der wichtigste Grund für die ursprüngliche Entscheidung der NATO, zu verhandeln, und dann in Ermangelung eines Abkommens für den Stand Null, amerikanische Pershing II und bodengestützte Marschflugkörper zu stationieren, in der nicht provokierten sowjetischen Stationierung neuer, mit drei Gefechtsköpfen ausgestatteter SS-20 im Jahre 1977. Nixon und Kissinger sagen jetzt, es sei "bedauerlich", daß die westliche Stationierung von INF auf dieser Grundlage gerechtfertigt war. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß es in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren die SS-20 waren, die in Europa Angst auslösten. Es waren die SS-20, die jedermann beunruhigten.

Jetzt, da die Aussicht einer fast vollständigen Beseitigung dieser Raketen besteht, sind Kritiker plötzlich angesichts dieser Gefahr fast gleichgültig geworden. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß mit der Abschaffung des Löwenanteils der SS-20 der wichtigste Grund beseitigt wird, aus dem wir die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zunächst einmal benötigen.

Zweitens sollten wir bedenken, daß die größte Anzahl nuklearer Systeme der NATO von einem INF-Abkommen nicht betroffen wäre. Die Sicherheit der NATO ist weiterhin an die der Vereinigten Staaten "gekoppelt", wie dies seit 35 Jahren der Fall ist und nicht nur auf amerikanische luft-, see- und bodengestützte Nuklearwaffen - insgesamt mehr als 4 000 Nuklearwaffen in Europa - zutrifft, sondern auch auf die 300 000 in Europa stationierten Soldaten. Dieser Schutz hat nicht erst vor vier Jahren mit der Stationierung unserer Mittelstreckenraketen im Dezember 1983 begonnen. Er wird nicht beendet sein, wenn diese INF-Raketen abgezogen werden.

Im Grunde ist dieses Argument der "Kopplung" ein theologischer Streit, und wie eine Reihe theologischer Dispute in der Rüstungskontrolle zeitigt er geringen praktischen Nutzen. Manchmal denke ich, daß die "Theologie" in diesem Geschäft dem guten, vernünftigen Denken über Politik und Strategie im Wege steht.

Ich finde es zum Beispiel interessant, daß die lautstärksten Gegner des INF-Abkommens - Scowcroft, Woolsey, Les Aspin, Lawrence Eagleburger, um nur einige zu nennen - gleichzeitig große Freunde der Midgetman-Rakete sind. Diese beiden Ideen passen zusammen; sie sind beide

das Produkt einer sehr abstrakten Denkweise.

Ich möchte in dieser Diskussion die "Sicherheitstheologen" den "Sicherheitspraktikern" gegenüberstellen.

Die Puristen oder "Theologen" - wie Scowcroft und seine Anhänger - befürworten die kleine, mobile Midgetman-Rakete mit nur einem Gefechtskopf, weil sie den technischen Ideen der Stabilität perfekt zu entsprechen scheint. Ihre Mobilität macht sie weniger verwundbar; ihr einzelner Gefechtskopf macht sie angeblich weniger "provokativ". So lautet zumindest die Theorie.

Die "Praktiker" betonen andererseits die politische Schwierigkeit, in einem Land wie den Vereinigten Staaten mobile Interkontinentalraketen (ICBMs) zu unterhalten, und sie weisen auf die Kosten hin: 500 Gefechtsköpfe auf Midgetman werden 50 Milliarden Dollar kosten, während 500 Gefechtsköpfe auf 50 MX-Raketen 2 Milliarden Dollar kosten würden. Die Praktiker würden es vorziehen, die Ersparnis von 48 Milliarden Dollar für bessere Verteidigungsausgaben zu verwenden. 48 Milliarden Dollar sind ein hoher Preis, um den abstrakten Erfordernissen einer Theorie gerecht zu werden, wenn es dringenden Bedarf an anderer Stelle und andere Methoden zur Lösung des Problems gibt.

In bezug auf INF gefällt den "Theologen" ebenso die bloße Idee der "Ankoppelung", bei der Abschreckung auf jeder Stufe einer imaginären "Leiter" der Eskalation verwirklicht wird (trotzdem seltsamerweise ihrer Ansicht nach eine wichtige Sprosse auf westlicher Seite bis vor vier Jahren fehlte, als wir mit der Stationierung von LRINF begonnen haben). Auf der anderen Seite betrachten die "Prakti-

ker" die politische Realität - das heißt, die Stationierung von SRINF wäre schwierig für Westeuropa, und selbst, wenn sie politisch und finanziell machbar wäre, wäre sie nicht den politischen Preis wert. Darüber hinaus hat das Bündnis in den vergangenen 35 Jahren gut funktioniert, ohne daß es jede Sprosse der Eskalationsleiter gegeben hätte. Insgesamt - und praktisch - gesehen, neigen die "Praktiker" dazu, das INF-Abkommen als gutes Geschäft zu betrachten.

Zusätzlich zu dem Streit über die "Ankoppelung" gibt es weitere Kritikpunkte. Manche Kritiker argumentieren, daß das INF-Abkommen wiederum ein "Aufgeben" Europas mit sich bringen würde. Ich glaube auch, daß dies eine Fehleinschätzung ist.

Bei dieser Meinung ist Henry Kissinger führend. Kissinger zufolge setzt das bevorstehende INF-Abkommen "einen Prozeß fort, bei dem aufeinanderfolgende amerikanische Administrationen seit drei Jahrzehnten europäische Politiker verlassen haben, die ihre politischen Haltungen von amerikanischen Vorschlägen für die atomare Verteidigung Europas abhängig machten. Aus Italien und der Türkei wurden innerhalb von drei Jahren nach deren Stationierung durch die Kennedy-Administration nach der Kuba-Krise Thor- und Jupiter-Raketen abgezogen. Die Neutronenbombe wurde von der Carter-Administration zwei Jahre nach deren Annahme durch die NATO aufgegeben. Jetzt mögen hier die INF hinzukommen. Hier haben wir also ein weiteres hartes Urteil.

Was ist daran falsch? Nun, es wird hier keine Unterscheidung getroffen zwischen bilateralen Rüstungskontrollabkommen und einseitiger Abrüstung. Die Thor- und Jupiter-Raketen wurden einseitig von der

Kennedy-Administration abgezogen. Die Carter-Administration hat als Reaktion auf den Druck der Anti-Atombewegung des Westens einseitig Pläne zur Stationierung der Neutronenbombe aufgegeben. Im Gegensatz dazu hat die Reagan-Administration zusammen mit den amerikanischen Verbündeten einem enormen Druck gegen unseren INF-Stationierungen widerstanden und trotz dieses Drucks im Jahr 1983 mit der Stationierung begonnen.

Deshalb sind wir heute in der Lage, einen Abbau und Abzug unserer INF-Systeme gegen eine sechsmal größere Reduzierung sowjetischer INF-Gefechtsköpfe einzuhandeln. Mir scheint, daß es einen eindeutigen Unterschied zwischen der einseitigen Einstellung eines Systems auf der einen Seite und dem Kampf um dessen Erhaltung und Benutzung als Unterpfand bei Verhandlungen auf der anderen Seite gibt. Die von Kennedy und Carter ergriffenen Maßnahmen waren einseitige Gesten. Dies wird ein beiderseitiges Abkommen werden, das durch westliche Entschlußkraft zustande kommt. Erst recht Henry Kissinger sollte diesen Unterschied verstehen.

Drittens weisen Kritiker wie Nixon und Kissinger darauf hin, daß ein INF-Abkommen nicht ausreicht. Erstens, so sagen sie, sollten wir auf einem echten Stand von Null auf beiden Seiten bestehen, das heißt, die Sowjets sollten die 33 SS-20 Raketen aus Asien abziehen. Zweitens sollten wir nicht dem vollständigen Abzug unserer INF-Raketen zustimmen, bis sich die Sowjets zu einem Gleichstand bei den konventionellen Streitkräften bereiterklären.

Zum ersten Punkt: Wir stimmen zu, daß die vollständige Beseitigung der INF längerer Reichweite auf bei-

den Seiten der Beibehaltung von 33 SS-20 Raketen in Asien durch die Sowjets vorzuziehen wäre. Außenminister Shultz hat sich für diese Lösung in Moskau eingesetzt. Die Sowjets sagten "nein". Unsere Unterhändler in Genf setzen sich weiter dafür ein. In jedem Fall ist das Abkommen meiner Meinung nach der Mühe wert. Vom Standpunkt unserer Verbündeten und Freunde in Asien betrachtet, bedeutet es immer noch eine erhebliche Verbesserung, da die Zahl der auf sie gerichteten SS-20 Raketen von ca. 170 auf 33 reduziert würde, zumal dieses Abkommen erreicht wird, ohne den Preis einer Stationierung amerikanischer INF-Raketen in Asien zu zahlen.

Der zweite, von Nixon und Kissinger angeführte Punkt ist jedoch völlig unpraktikabel. Es ergibt einfach keinen Sinn, jetzt ein Junktim zwischen einem INF-Abkommen und neuen Verhandlungen über ein konventionelles Gleichgewicht in Europa aufzustellen. Erstens haben wir uns konsequent sowjetischen Bemühungen widersetzt, eine Rüstungskontrollverhandlung mit einer anderen zu verbinden, indem wir darauf bestanden, daß Fortschritte in unabhängigen Verhandlungen zu START, INF sowie Verteidigungs- und Weltraumwaffen möglich sind. Würden wir dem Rat von Nixon und Kissinger folgen, dann würden wir uns genau dieser Praxis des Junktims bedienen. Zweitens wäre die Nixon-Kissinger-Lösung ein tödlicher Zusatz. Als diejenigen, die vor 13 Jahren die Gespräche über Beiderseitige und Ausgewogene Truppenverminderungen in Europa in die Wege leiteten, sollten sie sich der Tatsache bewußt sein, daß in diesen 13 Jahren in der konventionellen Rüstungskontrolle nichts erreicht wurde und daß dabei auch wenig Aussicht auf Änderung besteht. Drittens ist es unvernünftig, zu fordern, daß

dieser INF-Vertrag Abhilfe für alle Probleme der westeuropäischen Sicherheit schafft. Es reicht, daß es uns gelungen ist, das Problem der SS-20 zu lösen. Es reicht, so scheint mir, daß wir zahlenmäßig bei den Verringerungen der Gefechtsköpfe auf Raketen längerer Reichweite einen Vorteil von sechs-zu-eins bekommen.

Damit komme ich zum vierten Argument der Kritiker. Viele Kritiker behaupten heute, das INF-Abkommen führe uns unweigerlich auf den Pfad der Denuklearisierung Europas - eine Denuklearisierung, die aufgrund der klaren Überlegenheit des Warschauer Pakts über die NATO bei konventionellen und chemischen Waffen extrem gefährlich, ja katastrophal, sein wird. Ich glaube, dies ist eine legitime Sorge, aber ich bin überzeugt, daß dieses Problem nicht aus solch einem Abkommen resultieren würde.

Der scheidende Befehlshaber der NATO, General Bernard Rogers, hat der Zeitschrift 'Newsweek' gegenüber unlängst zu Recht erklärt: "Wenn wir letztlich alle Atomwaffen loswerden und kein Gleichgewicht zwischen ihren konventionellen Streitkräften und unseren erreicht haben, dann werden wir eines Tages aufwachen und nach der Pfeife der Sowjets tanzen."

Ich hege großen Respekt für General Rogers, und ich glaube, daß die Gefahr, von der er spricht, real ist, wenn seine Befürchtungen jemals wahr würden. Aber wir sind noch weit, weit von einem denuklearisierten Europa entfernt. Wir werden auch nach einem INF-Abkommen noch 4 000 Atomwaffen in Europa besitzen. Und in Abwesenheit konkreter Entwicklungen, die das konventionelle und chemische Ungleichgewicht beheben, besteht für den Westen kein Grund, diesen Weg einzuschlagen.



Wo liegt das Problem bei dieser Kritik? Es wird angenommen, daß wir nach Unterzeichnung eines Abkommens machtlos sein werden, um den Zug anzuhalten und auszusteigen. Es wird angenommen, daß wir dann gezwungen sein werden, weitere Abkommen zu unterzeichnen.

Das INF-Abkommen könnte einen gefährlichen Weg zu einem gefährlich denuklearisierten Europa darstellen, wenn wir das zulassen. Aber es muß kein gefährlicher Weg sein, wenn wir bei der Rüstungskontrolle vernünftig vorgehen.

Das bedeutet jedoch, daß wir als Nation und als Bündnis beginnen müssen, bereitwilliger zwischen irgendeinem alten Rüstungsabkommen und einem guten Rüstungsabkommen zu differenzieren. Wir müssen in der Lage sein, Vereinbarungen, die in unserem Interesse liegen, von Vereinbarungen zu unterscheiden, die nicht in unserem Interesse liegen. Es bedeutet, daß wir in der Rüstungskontrolle lernen müssen "nein" zu sagen, wenn es sich um ein schlechtes Geschäft handelt.

Dem Kongreß fällt jedoch eine Schlüsselrolle zu. Der Kongreß der Vereinigten Staaten muß lernen, im Bereich der Rüstungskontrolle ein "nein" als Antwort zu akzeptieren, wenn es in unserem nationalen Interesse liegt, dies auszusprechen.

Aus diesem Grund habe ich wenig Geduld bei einem Teil der Kritiken, die wir zum INF-Abkommen gehört haben - zum Beispiel von Personen wie dem Vorsitzenden des Streitkräfte-Ausschusses im Repräsentantenhaus, dem Abgeordneten Les Aspin. Wenn man ihn nach seinen jüngsten Äußerungen beurteilt, dann scheint der Abgeordnete

Aspin ebenso wie Ralph Waldo Emerson zu glauben, daß Konsequenz das Schreckgespenst der Popanz ist - weil er selber alles andere als konsequent gewesen ist.

In den vergangenen Monaten hat der Abgeordnete Aspin seinen Photokopierer etwas zu sehr in Anspruch genommen, um Woche für Woche Presseerklärungen herauszugeben, in denen er die Reagan-Administration angreift, da sie es, seinen Worten nach, versäumt hat, bei der Rüstungskontrolle "den Speck nach Hause zu bringen".

Nun, was meinen Sie, geschah vor zwei Wochen, als wir vor der Tür standen und den Speck praktisch in der Hand hielten, in Form eines möglichen Abkommens zu INF? Der Kongreßabgeordnete Aspin wollte ihn zurückschicken. Es stellte sich heraus, daß er doch nicht ein solch großer Liebhaber von "Speck" ist.

Nachdem er mit der Mehrheit des Repräsentantenhauses dafür gestimmt hatte, die Null-Lösung des Präsidenten für Mittelstreckenraketen im Jahr 1981 energisch zu unterstützen, beschloß Les Aspin urplötzlich, daß es vielleicht doch nicht so eine gute Idee ist. Nun, da der Speck für uns in Reichweite liegt, mag er ihn nicht mehr.

Les Aspin hatte sechs Jahre Zeit, um zu entscheiden, ob er den Speck mochte oder nicht. Heute ist es etwas spät, um sich für die koschere Küche zu entscheiden.

Wenn eine Bedrohung besteht, daß Europa auf westlicher Seite "denuklearisiert" wird, während die sowjetischen Vorteile bei konventionellen und chemischen Waffen unverändert bestehen bleiben, dann liegt dies

hauptsächlich an dem Druck für ein Abkommen um eines Abkommens willen - die Mentalität des "bringt den Speck nach Hause" in der Rüstungskontrolle, die vom Repräsentantenhaus, vom Büro des Les Aspin und von anderswo in den vergangenen sechs Jahren ausging.

Und das bemerkenswerte ist, daß sogar - während diese Administration von einigen im Kongreß dafür gescholten wird, daß sie bei INF zuviele Fortschritte macht, während wir glauben, ein gutes Geschäft erzielt zu haben und während die Sowjets auf unsere Vorschläge eingegangen sind - einige Vertreter im Repräsentantenhaus genau in diesem Moment auf Zusätze drängen, die dazu angetan sind, die Administration für zu geringe Fortschritte in anderen Bereichen zu strafen. Wenn wir sagen "aufwärts", wollen scheinbar viele im Kongreß "abwärts" sagen. Wenn wir "abwärts" sagen", scheinen viele "aufwärts" sagen zu wollen.

Vom Standpunkt des Erlangens einer guten Rüstungskontrolle sind diese sogenannten "Rüstungskontrollzusätze" des Kongresses schlechter als wertlos: sie schädigen unsere Verhandlungsposition ernsthaft, indem sie unseren Unterhändlern den Boden unter den Füßen wegziehen. Sie stellen heute die größte Bedrohung am Horizont der Rüstungskontrolle dar. Sie institutionalisieren einseitige Rüstungskontrolle. Um es einfacher auszudrücken: sie verfügen einseitige Abrüstung. Sie erklären sowjetische Rüstungskontrollvorschläge praktisch zum Gesetz für die Vereinigten Staaten.

Ein solcher Zusatz würde zum Beispiel die Erprobung eines amerikanischen Anti-Satellitensystems im Weltraum verbieten, obwohl die Sowjets bereits ein funktionsfähiges

Anti-Satellitensystem haben. Damit bekräftigt er ein sowjetisches Monopol in diesem Bereich. Ein anderer Zusatz würde die Herstellung binärer chemischer Waffen beschränken, obwohl die Vereinigten Staaten seit 17 Jahren keine chemischen Waffen mehr produziert haben, während die Sowjets deren Produktion niemals eingestellt haben. Durch einen weiteren Zusatz würden die Vereinigten Staaten gezwungen, Teile von SALT II einzuhalten, sogar obwohl es den Sowjets freisteht, wichtige Bestimmungen dieses Vertrages zu verletzen, wie sie es jetzt auf eine ernsthafte Art und Weise tun. Wiederum ein anderer beschränkt unseren wichtigen Bedarf für SDI-Mittel, obwohl die Sowjets weiterhin sehr viel für ihre strategische Verteidigung ausgeben und uns im Bereich der strategischen Verteidigung in den vergangenen zehn Jahren bei den Ausgaben um das fünfzehnfache übertroffen haben. Ein weiterer Zusatz würde ein amerikanisches Moratorium über Atomtests von mehr als einer Kilotonne erzwingen. Das ist die Formel des Kongresses: Wenn kein Abkommen zu erzielen ist, das die Waffen auf beiden Seiten beschränkt, bauen wir nur die Waffen auf unserer Seite ab, ungeachtet der Gefahr.

Und wissen Sie, worin die Ironie liegt? Der eine Bereich der Rüstungskontrolle, in dem wir eindeutige Fortschritte erzielt haben - der eine Bereich, in dem wir bereit sind "den Speck nach Hause zu bringen" - ist genau das Feld der Rüstungskontrolle, in dem uns der Kongreß allein läßt. Im großen und ganzen hat der Kongreß bei INF unsere Verhandlungsposition und die amerikanischen Stationierungen unterstützt. Und wir erzielen Ergebnisse.

Ich habe gesagt, warum die Kritiker dieses Abkommens meines Erachtens

unrecht haben. Jetzt möchte ich ausführen, warum manche Befürworter unrecht haben.

In der David Brinkley Show der vergangenen Woche hat der Sprecher des Repräsentantenhauses Jim Wright erklärt, daß in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen dies "die beste Möglichkeit ist, die wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges hatten". An anderer Stelle wurde er mit dem Ausspruch zitiert, es sei die beste Gelegenheit seit der Oktoberrevolution von 1917.

Dies sind kühne Erklärungen. Sie gehen viel weiter als alle Mitglieder der Administration, die über dieses Abkommen verhandeln, jemals gegangen sind.

Der Sprecher des Repräsentantenhauses scheint ebenfalls dem Eindruck zu unterliegen, daß dieses Abkommen über INF-Raketen uns eine Menge Geld sparen wird. Er sprach darüber, Mittel anzuweisen, um "Kinder aufs College zu schicken" und die Gesundheitsfürsorge auszubauen.

Ich wäre glücklich, wenn mehr Kinder aufs College gehen könnten, und ich wäre ebenfalls froh, wenn mehr Menschen eine bessere Gesundheitsfürsorge erhielten. Das wäre wohl jeder Amerikaner.

Aber ich glaube nicht, daß ein Abkommen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenwaffen diese Zauberei hervorbringen kann. Ich glaube nicht, daß dieses Abkommen uns Geld sparen wird. Es könnte uns Geld kosten, besonders insofern, als daß wir unsere konventionelle Verteidigung verstärken müßten. Ich glaube nicht, daß dies unbedingt die beste Möglichkeit ist, die wir seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges oder der Oktober-

revolution gehabt haben.

In vieler Hinsicht machen die besorgten Kritiker und die wilden Verfechter dieses Abkommens dieselben Fehler;

- Erstens erwarten sie mehr von diesem Rüstungskontrollabkommen (oder vielleicht von jedem durch Verhandlungen zustande gekommenen Abkommen) - ob positiv oder negativ - als ein solches leisten könnte.
- Zweitens unterscheiden sie nicht zwischen Rüstungskontrolle auf der einen und einseitiger Abrüstung auf der anderen Seite.
- Schließlich gehen sie davon aus, daß kein Rüstungsabkommen in Sicht ist, dem wir angemessenerweise und selbstbewußt ein schallendes "nein" entgegenstellen können.

Es sind genau diese Fehlannahmen, die wir hinter uns lassen müssen, um sicherzustellen, daß Rüstungskontrolle wirklich dem nationalen Interesse dient und wahrhaft unsere Sicherheit stärkt. Das sind genau die Fehlannahmen, denen wir abschwören müssen, wenn die westliche Sicherheit sich nicht unter der Flut der Abrüstungspropaganda - sowohl alten als auch neuen Stils - verschlechtern soll, die gegenwärtig aus der Sowjetunion zu vernehmen ist.

Anders als der Kongreßabgeordnete Wright sehe ich nicht das Paradies auf Erden in den nächsten Jahren vor Augen, wenn wir auf der gepunkteten Linie gemeinsam mit den Sowjets ein Abkommen über INF unterzeichnen. Ich sehe nicht den Frieden ausbrechen.

Und dennoch befürworte ich dieses

Abkommen. Ich befürworte dieses Abkommen nicht, weil es das Paradies einläutet oder große Geldsummen einspart oder das Problem der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen löst. Ich bin dafür, weil es das besondere Problem lösen würde, das sich die NATO zu lösen vornahm, als die im Jahr 1979 ihren berühmten Doppelbeschluss faßte: das Problem der sowjetischen SS-20. Im Jahr 1979 entschied die NATO, daß sie entweder die SS-20 mit westlichen Stationierungen übertreffen oder ein Abkommen erlangen mußte, um die SS-20 loszuwerden. Dieses Abkommen ist der Abschaffung der SS-20 sehr nahe. Wir üben weiterhin Druck auf die Sowjets aus, um die völlige Abschaffung von Mittelstreckenraketen längerer Reichweite herbeizuführen. In jedem Falle würde das Abkommen, über das wir sprechen, im Grunde das wichtige Problem lösen, zu dessen Lösung es erarbeitet wurde. Nicht mehr und nicht weniger. Deshalb denke ich, solch ein Abkommen wäre ein Sieg für das westliche Bündnis, ein Sieg der festen Haltung, ein Sieg der Entschlußkraft des Westens. Es ist ein Sieg, aber wir müssen ihn in der richtigen Perspektive sehen. Das zugrundeliegende Problem der sowjetischen Aggression, die zugrundeliegende Aufgabe der Stärkung der Abschreckung und Aufrechterhaltung der Sicherheit des Westens bleiben bestehen.

\* \* \* \* \*



### DER KAMPF GEGEN DROGEN

- UN-Konferenz soll Weg zu weltweiter Koordinierung ebnen -

VEREINTE NATIONEN, NEW YORK - (AD) - Die bevorstehende Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel, die für die Zeit vom 17. - 26. Juni 1987 nach Wien einberufen ist und zum ersten Mal auf Ministerebene stattfinden, wird von den Vereinigten Staaten als "ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen Rauschgifte" betrachtet. Aber schon im UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), dessen 54 Mitgliedstaaten seit dem 4. Mai (bis Ende des Monats) in New York tagen, werden wichtige Punkte dazu erörtert. Allerdings machte die amerikanische Botschafterin Patricia Byrne bei der ECOSOC-Tagung darauf aufmerksam, daß die Welt-Drogenkonferenz nur erfolgreich sein könne, "wenn aus ihr eine starke Verpflichtung der Nationen hervorgeht, für die Eliminierung von Suchtstoffen als einer Bedrohung der Weltbevölkerung unermüdlich zu arbeiten".

Patricia Byrne hält Konsens unter den Partnerstaaten für dringend erforderlich, um den Kampf gegen illegale Drogen ausgewogen und an allen Fronten gleich energisch zu führen. Hauptziele seien die Verminderung von Angebot und Nachfrage, die Ausschaltung des Drogenhandels sowie Fortschritte in bezug auf Aufklärung, Vorbeugung, Therapie und Rehabilitation. Gelingen es jedoch den beteiligten Regierungen nicht, sich auf einheitliche, ausgewogene und umfassende Maßnahmen zu einigen, oder lieben sich Delegierte einzelner Länder

in Verfolgung eigensüchtiger Ziele von den Kernproblemen ablenken, könnten nur die Händler und jene, die unter ihren Einfluß geraten sind, den Sieg davontragen.

Um das zu verhindern, müßten alle Konferenzteilnehmer entschlossen sein, "unsere Kinder und künftige Generationen vor den zerstörenden oder gar tödlichen Auswirkungen des Drogenhandels zu retten", sagte die Botschafterin. Eine solche Entschlossenheit berührt viele wesentliche Bereiche - Produktion, Handel, Konsum,

aber auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Faktoren. Darauf verwies der mexikanische Botschafter Mario Moya Palencia. Er erklärte, lateinamerikanische und karibische Länder hätten ebenso wie andere Entwicklungsländer gefordert, in dem auszuarbeitenden Deklarationsentwurf die Notwendigkeit praktischer Maßnahmen hervorzuheben, um "das Problem an seinen Wurzeln und nicht nur an seinen Symptomen anzugehen".

Zur Bekämpfung des Drogenhandels ist die Ausarbeitung einer Konvention vorgesehen. Die Fortschritte zur Realisierung dieses Planes soll eine noch einzusetzende Expertenkommission überprüfen. Diese hätte sich außerdem um Resolutionen zu kümmern, die die Regierungen verpflichten, mehr für Erziehungs- und Informationsprogramme zu tun, die die negativen und schädlichen Konsequenzen des Drogenmißbrauchs deutlich machen. Weitere Resolutionen hätten der besseren Überwachung des Exports von psychotropen Substanzen, von Opiatprodukten für medizinische und wissenschaftliche Zwecke sowie einer Neuordnung der für die UN-Programme zur Suchtstoffkontrolle verfügbaren Geldmittel und der Unterstützung des Fonds für Pläne zur Suchtstoffkontrolle im Rahmen von Länderprogrammen zu gelten.

Hauptdokument der Konferenz wird ein "umfassender multidisziplinärer Maßnahmenkatalog" sein (nach einer englischen Bezeichnung "Comprehensive Multidisciplinary Outline" CMO abgekürzt). Der im Februar in Wien von der UN-Suchtstoffkommission (CND) fertiggestellte und den Regierungen zugeleitete Textentwurf, umfaßt ein ganzes Spektrum praktischer Maßnahmen, die auf nationaler, fachlicher, akademischer und lokaler Ebene ergriffen werden können und Drogennach-

frage, Drogenangebot, illegalen Handel und Therapie betreffen. Darauf verwies auf der ECOSOC-Tagung Tamar Oppenheimer, die Generalsekretärin der Weltdrogenkonferenz.

### Drogenmißbrauch - Pest unserer Zeit

Die für das Programm zuständigen UN-Beamten ließen keinen Zweifel daran, daß sich Drogenmißbrauch in allen sozialen Schichten und in allen Teilen der Welt ausbreitet - "die Pest unserer Zeit", wie Tamar Oppenheimer sagte. Es sei nach wie vor schwierig, das Drogenproblem zu quantifizieren. Jedoch seien auf dem illegalen Markt weiterhin die gleichen Mengen verfügbar wie in den vorangegangenen Jahren. Entwicklungsländer seien nicht gegen das Händlerproblem gefeit. Außerdem mache sich in Osteuropa, das bisher so stolz war, gegen illegalen Drogenkonsum immun zu sein, das Problem des Drogenmißbrauchs ebenfalls bemerkbar. Auch Afrika, wo bis in die jüngste Zeit der Drogengenuss durch Traditionen unter gewisser Kontrolle gehalten wurde, falle immer mehr dem Drogenmißbrauch zum Opfer. Da Entwicklungsländer nicht über angemessene Ressourcen zur Bekämpfung des Problems verfügten, seien sie besonders anfällig.

Der Beginn der ECOSOC-Tagung in New York fiel zeitlich mit einer vom amerikanischen Außenministerium einberufenen Drogenkonferenz zusammen, die die zuständigen Attachés bzw. Referenten aus 47 amerikanischen Botschaften mit hochrangigen Mitarbeitern der amerikanischen Bundesbehörde für Drogenbekämpfung (DEA) zusammenführte. Die "Narcotics Attachés" sind auf ihren Auslandsposten für die Koordination der Bemühungen um Suchtstoffkontrolle und entsprechender

Maßnahmen verantwortlich. In seiner Ansprache bezeichnete der amerikanische Außenminister George Shultz den Drogenhandel als eine moderne Form der Piraterie. Diese nehme noch schlimmere Formen an, wenn "gewissenlose Drogenhändler versuchen, ganze Länder als Geiseln zu nehmen. Sie machen mit Terroristen und Guerilleros gemeinsame Sache, um die Bevölkerung auszuplündern, überkommene Werte und Institutionen anständiger Menschen zu zerstören... Aber die angegriffenen Länder schlagen zurück. Das internationale Recht wird umgeschrieben, um die Händler festzusetzen und ihnen ihre Beute abzunehmen", sagte Shultz. "Wir machen uns keine Illusionen. Der wirkliche Kampf gegen Drogen, ein internationaler Kampf, fängt gerade erst an... Das Recht und ebenso realistische Anstrengungen sind jedoch auf unserer Seite."

### Regionale Zusammenarbeit

Zwar seien viele in Regierungen dienende Personen korrupt. Aber Millionen ehrlicher Menschen überall in der Welt lehnten sich gegen sie auf. Zur Zeit führten 20 Länder Vernichtungsaktionen von Drogenanpflanzungen durch. Die USA unterstützten über eine Abteilung des amerikanischen Außenministeriums 14 dieser Länder mit Geld, Ausrüstungen und Personal. Regionale Zusammenarbeit, etwa der Andenländer oder in Asien (Burma und Thailand, Indien und Pakistan), auch der Vereinigten Staaten mit Mexiko, beginne Früchte zu tragen. Die Vereinten Nationen, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der ASEAN-Bund, SAARC und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - sie alle haben die Drogenbekämpfung als eine ernste internationale Aufgabe erkannt.

In den USA selbst werden die Aktivitäten von ca. 20 Bundesbehörden sowie ihren einzelstaatlichen und lokalen Pendanten, unterstützt vom Militär mit Helikoptern, Flugzeugen und Radarballons, eng koordiniert. Die verstärkten Anstrengungen brachten beachtliche Erfolge, wie DEA-Administrator John Lawn berichtete. Zum Beispiel beschlagnahmten DEA-Organen allein im Jahr 1986 mehr als 27 000 kg Kokain, 800 000 kg Marihuana und 46 Millionen Dosen legaler, aber illegal verkaufter Suchtstoffe oder illegal hergestellter synthetischer Rauschgifte. Der letztgenannte Posten bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um mehr als 75 Prozent - "ein Problem, das uns große Sorge bereitet", sagte Lawn. Denn die Quellen seien im eigenen Land zu suchen.

Dem jüngsten DEA-Bericht ist zu entnehmen, daß 1986 in den USA 4,7 Millionen Marihuana-Pflanzen auf illegalen Anbauflächen vernichtet wurden. Bei 1,8 Millionen handelte es sich um die Sinesmilla-Pflanze, die einen besonders hohen Gehalt von Tetrahydrocannabinol besitzt. Dazu kamen 125 Millionen geringwertige Cannabis-Pflanzen. In Verbindung mit diesen Aktionen wurden 5537 Personen verhaftet, 1646 Waffen eingezogen und Vermögenswerte in Höhe von 13,5 Millionen Dollar beschlagnahmt. Manche Bundesstaaten benutzen für die Pflanzenvernichtung Herbizide. Dies ist der DEA bis zur Fertigstellung von zwei, im Jahr 1983 gerichtlich verfügte Umweltgutachten verwehrt; allerdings konnten aufgrund bestimmter Ergebnisse des ersten Gutachtens 1985 auf bundeseigenem Land Sprühaktionen mit Glyphosat (nicht aber mit Paraquat und 2,4-D) wiederaufgenommen werden.

## Aufklärung in Schulen zeigt Wirkung

Daß Information und Aufklärung junger Menschen, wie sie vor allem durch Nancy Reagan initiiert und in den letzten Jahren auf breiter Front gefördert wurde, ihre Wirkung nicht verfehlen, zeigen Umfragen in amerikanischen Schulen. Kinder sind sich der Gefahren, die aus Drogen, aber auch aus Zigaretten und Alkohol erwachsen, heute weitaus stärker bewußt als noch vor zwei oder drei Jahren. Auch widerstehen sie sehr viel mehr dem Druck von Altersgenossen, z.B. Marihuana einmal zu probieren. Das von Nancy Reagan geprägte Motto: "Einfach Nein sagen" zu Drogen, trägt offensichtlich Früchte.

Schwerpunkt zahlreicher Aufklärungsaktionen sind in zunehmendem Maße Warnungen vor Zigaretten und Alkohol, die als Einstiegsdrogen betrachtet werden. "Wir müssen allen Drogen den Glorienschein nehmen", erklärte Dr. Donald Ian MacDonald, der Direktor der Abteilung im Weißen Haus für Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. "Kindern klarzumachen, daß Alkohol und Zigaretten süchtig machen und deshalb 'Drogen' genannt werden sollten, ist der erste Schritt." Im Gegensatz zu den Umfrageergebnissen von 1983 stehen heutzutage Schulen an erster Stelle als Informationsquelle über die Gefahren der Drogen, während das Fernsehen noch immer die Führungsrolle darin hat, Rauschmittel und Trinken als besonderen Spaß anzupreisen.

Drogen bedeuten für jeden Sektor der Gesellschaft eine Bedrohung - letztlich auch, wie Außenminister Shultz erklärte, für die Demokratie und die nationale Sicherheit. Die Vereinigten Staaten hätten sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Schule, Ar-

beitsplatz, Verkehrsmittel, Wohnungen, das ganze Land soll drogenfrei werden. Dr. MacDonald zufolge sei es ungemein wichtig, den "Markt" auszutrocknen - die Nachfrage nach Drogen und die Zahl der Menschen, die Drogen nehmen, immer mehr zu reduzieren. Einer der Schwerpunkte der Drogenbekämpfung sei heute auch der Arbeitsplatz. Die kleine Anzahl berufstätiger Personen, die Drogen nehmen, gefährden in bezug auf Sicherheit und Leistung die große Mehrheit der arbeitenden Mitmenschen, die drogenfrei sind. Eine erst kürzlich gemachte Erhebung zeigt, daß im vergangenen Monat 23 Millionen Amerikaner aller Altersgruppen über 12 Jahre, und die meisten davon am Arbeitsplatz, Drogen nahmen. Für das vergangene Jahr wurden 38 Millionen Personen ermittelt - und wieder in der Hauptsache am Arbeitsplatz. "Wenn wir dem nicht beikommen", meinte MacDonald, "gibt es wenig Hoffnung, Drogenkonsum in den Vereinigten Staaten zu verringern."

## Therapie

Der Direktor des Nationalen Instituts zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches, Dr. Charles Schuster, berichtete von einem Rückgang des Konsums von Marihuana, PCP und einiger anderer Drogen seit dem Jahr 1979. Dagegen sei bei Kokain ein weiterer Anstieg zu verzeichnen, der Verbrauch von Heroin sei unverändert. In der Therapie Süchtiger zeichneten sich Fortschritte ab. Nach sechsjähriger Behandlung seien etwa 60 Prozent vollkommen drogenfrei. Dies gelte jedoch nicht für Heroin- und Kokainabhängigkeit. Bei Heroinsüchtigen habe man ständig mit Rückfällen zu rechnen, so daß eine Behandlung bis zum Lebensende notwendig sei. Die Sucht könne nicht geheilt, aber doch wirksam unter Kontrolle gebracht wer-



den. So gut seien Behandlungsverfahren für Kokainsüchtige noch nicht entwickelt, jedoch mache man bemerkenswerte Fortschritte, sagte Dr. Schuster. Die Behandlung konzentriere sich derzeit nach der Entgiftung auf die Zufuhr chemischer Stoffe, die durch Kokainmißbrauch dem Gehirn entzogen wurden. Geschehe dies rechtzeitig, sei die Gefahr gebannt, daß der Betreffende erneut beginne, Kokain zu nehmen. Allerdings sei noch keine endgültige Bewertung dieser Therapiemethode möglich.

### Zusätzliches Risiko

Fixer, d.h. Rauschgiftsüchtige, die sich Drogen intravenös spritzen, riskieren zudem sehr leicht eine AIDS-Infektion, weil häufig Spritzen gemeinsam benutzt werden. Diese Beobachtung wird in zahlreichen Ländern gemacht. Dr. C. Everett Koop, "Surgeon General" der Vereinigten Staaten, warnte Anfang Mai in einer Rede vor der Weltgesundheitsbehörde (WHO) vor der Gefahr, daß in einem Land der Beginn des Drogenmißbrauchs in Form von Fixen gleichzeitig bedeute, daß dieses Land nun auch mit der Ausbreitung von AIDS zu rechnen habe.

\* \* \* \* \*